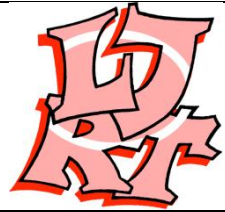


Beschluss

Sitzung: 39. Vollversammlung

am: 28.11.2015



zu TOP

05

Thema: **Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in Thüringen**

Beschluss:

- 1. Die Positionsbestimmung wird beschlossen.**
- 2. Der Vorstand wird beauftragt, die Positionsbestimmung in seinen jugendpolitischen Gesprächen und der Öffentlichkeit vorzustellen.**

Abstimmung:

Ja: 53 Nein: 0 Enthaltung: 3

Vorbemerkungen

„Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ – unter diesem Motto stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seine Jugendpolitik 2015 bis 2018 neu auf. Im Mittelpunkt stehen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren.

„Ich will Jugendliche unterstützen und ermutigen, sich einzumischen und ihre Interessen zu vertreten. Es ist wichtig, sie direkt nach ihrer Meinung und ihren Vorstellungen zu fragen. Man kann nicht einfach über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Wir müssen Jugendliche ernst nehmen und ihnen konkrete Angebote machen, die Zukunft unserer Gesellschaft aktiv mitzugestalten“, erklärt Bundesjugendministerin Manuela Schwesig. (Auszug aus der Pressemitteilung Nr. 060/2015 des BMFSFJ vom 09.07.2015)

Das Positionspapier des Landesjugendring Thüringen e.V. widmet sich der Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen im Sinne einer jugendgerechteren Gesellschaft.

Politik und Gesellschaft sind von der älteren Entscheidungsgeneration geprägt. Das Engagement junger Menschen wird oft abgewertet oder dient lediglich als Alibi für Beteiligung, ohne Wirkung zu zeigen.

Die ältere Entscheidungsgeneration muss umdenken. Der Perspektivwechsel ist dringend geboten, um Strukturen zu schaffen, die wirkliche Mitsprache ermöglichen und nicht chauvinistisch abwerten.

Eine jugendgerechtere Gesellschaft ist von einem Verständnis und einer Kultur für die Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen geprägt. Dazu gehört, dass die Interessen von jungen Menschen durch die Entscheidungsträger_innen aufgenommen, ernstgenommen, verstanden und berücksichtigt werden. Hierzu ist der Dialog auf Augenhöhe die notwendige Voraussetzung.

Junge Menschen erhalten dadurch das Signal, dass sie und ihre Interessen für die Gesellschaft und das Gemeinwohl wichtig sind. Sie können sich mit ihrem Umfeld identifizieren. Das ist eine Voraussetzung, um junge Menschen in der Region zu halten und diese dadurch attraktiver zu gestalten.

Die Thüringer Jugendverbände stellen sich diesem Anspruch in ihren demokratisch verfassten Strukturen.¹

Demokratie lebt durch Beteiligung – Beteiligung lebt durch Demokratie

Auf dieser Grundlage ergeben sich folgende Herausforderungen:

Junge Menschen sind „Expert_innen“ ihrer selbst.

Junge Menschen haben eigene Bedürfnisse und Interessen. Fraglich ist allerdings, ob und wie sie diese artikulieren können.

Daher ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse notwendig, junge Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung zu stärken und ihnen die Erfahrung der Selbstwirksamkeit zu ermöglichen.

¹ Vgl. Prof. Dr. Lakemann: Thüringer Studie zur „Partizipation als Qualitätsmerkmal von Jugendverbandsarbeit“, 2012

Dies setzt voraus, dass Erwachsene die jungen Menschen als „Expert_innen“ in den sie betreffenden Angelegenheiten wahrnehmen und akzeptieren und ihre Meinungen anhören und ernst nehmen. Erwachsene müssen ihrer Anwaltsrolle für junge Menschen gerecht werden.

Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in Entscheidungsverfahren

Die Mitbestimmung junger Menschen ist zum Teil gesetzlich verankert und politisch gewollt ist, findet aber praktisch-kaum statt. Ursachen hierfür sind u.a.:

- fehlendes Verständnis Erwachsener für die spezifischen Interessen von jungen Menschen;
- fehlendes Vertrauen Erwachsener, dass junge Menschen rationale Entscheidungen treffen können;
- Anwendung von Mitteln und Methoden, die in den erwachsenen Strukturen genutzt werden, aber von jungen Menschen oft nicht als adäquat wahrgenommen werden;
- fehlende Zeit und Ressourcen.

Junge Menschen lassen sich nicht auf den tradierten politischen Alltag mit seinen institutionellen Rahmenbedingungen, Entscheidungsabläufen und Kommunikationsritualen ein.

- Beteiligung und Mitbestimmung von jungen Menschen erfordern deshalb, dass:
- Entscheidungsträger_innen sensibilisiert und qualifiziert werden;
- in Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren das Zeitmanagement verändert wird;
- Beteiligung und Mitbestimmung aus der Perspektive junger Menschen gedacht wird, um eine Beteiligungskultur in deren Sinne zu entwickeln, die auch eine angstfreie Fehlerkultur zulässt;
- junge Menschen frühzeitig, altersgerecht und in geeigneter Weise über die Planungen und Vorhaben in sie betreffenden Angelegenheiten informiert werden;
- sichergestellt wird, dass die Interessen junger Menschen weitestgehend berücksichtigt werden, etwa durch das Recht, in allen Gremien gehört zu werden und Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten;
- junge Menschen tatsächlich Mitentscheiden sowie Ergebnisse und Konsequenzen ihrer Entscheidung wahrnehmen können;
- Entscheidungen gegenüber jungen Menschen und der Öffentlichkeit transparent begründet werden;
- eine Nachweispflicht über die Beteiligung junger Menschen in der Thüringer Kommunalordnung eingeführt wird;
- entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen für die Beteiligung und Mitbestimmung bereitgestellt werden, beispielsweise durch die Stärkung und Qualifizierung vorhandener bzw. die Schaffung neuer Beteiligungsformen unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten;

- Mitbestimmungsrechte von jungen Menschen in der Thüringer Verfassung geregelt werden.

Politikinteresse von jungen Menschen

Viele junge Menschen sind politisch interessiert. Jedoch gehört Politik bei ihnen zu den weniger bedeutsamen Lebensbereichen.

Andererseits aber engagieren sich die jungen Menschen, die politisch interessiert sind gegenüber den nicht interessierten, häufiger in vielen Bezügen des gesellschaftlichen und politischen Lebens.

Um das Engagement von jungen Menschen zu entwickeln und zu fördern, ist es notwendig, dass

- politische Bildung frühzeitig stattfindet;
- junge Menschen erfahren, dass sie etwas bewirken können;
- Kompetenzen und Kenntnisse vermittelt werden, die junge Menschen zur Beteiligung befähigen und ihr Selbstbewusstsein stärken;
- junge Menschen über ihre Rechte aufgeklärt und motiviert werden, diese zu nutzen;
- demokratische Kultur gelebt und mehr echte Mitbestimmung ermöglicht wird.

Parteienverdrossenheit

Parteien sind für jungen Menschen uninteressant. Es dauert zu lange, ehe ihr Engagement konkret Wirkung zeigt. Langwierige Aushandlungsprozesse ermüden eher, anstatt zu beflügeln. Hinzu kommt, dass mit dem Schielen auf Wählerstimmen programmatische Ansätze und die Klarheit in den politischen Aussagen verloren gehen.

Ausdruck der Parteienverdrossenheit sind die zurück gehende Wahlbeteiligung sowie das geringer werdende Interesse an einer aktiven Mitwirkung junger Menschen in den Parteien und politischen Jugendverbänden selbst.

Es ist unabdingbar, dass

- politische Parteien sich deutlich für junge Menschen und deren Interessen öffnen;
- politische Parteien und politische Jugendverbände aufzeigen, wie sich junge Menschen in ihren Strukturen beteiligen und Verantwortung übernehmen können;
- junge Menschen als Dialogpartner und Impulsgeber verstanden werden;
- Politik nicht nur für junge Menschen, sondern gemeinsam mit jungen Menschen gestaltet wird.

Jugendverbandsarbeit

In Jugendverbänden vertreten junge Menschen ihre eigenen Interessen, gestalten aktiv ihre Freizeit, übernehmen Verantwortung und bestimmen darüber, wie sich der Jugendverband entwickelt.

In der Jugendverbandsarbeit werden von jungen Menschen demokratische Kompetenzen erworben und entsprechende Aushandlungsprozesse gestaltet. Jugendverbandsarbeit als Demokratieort ist ein Lernort, in dem sich alle ausprobieren und einbringen können.

Jugendverbände bieten Freiräume für junge Menschen, d.h. auch, dass diese nicht unmittelbar der (pädagogischen und/oder politischen) Einflussnahme der Gesellschaft ausgeliefert werden, sondern auch Raum für deren Eigensinn besteht.

Indem junge Menschen in diesem Rahmen ihre Interessen erkunden, können sie selbstentscheidend auch lernen, ihre und die Interessen anderer junger Menschen gegenüber den Institutionen der Gesellschaft und der Politik zu vertreten.

Das Interesse der Politik an den Interessen und Perspektiven von jungen Menschen bedeutet nicht, dass deren spezifischen Interessen auch umgesetzt werden. Frustration und Scheitern gehören deswegen ebenfalls zu den Erfahrungen der Selbstorganisation. Jugendverbände müssen Orte bleiben, an denen sich junge Menschen selber organisieren. Sie sind keine Organisatoren zur Begegnung der Politik mit vermeintlich authentischen Jugendlichen. Ebenso sind Jugendverbände keine Spielwiese für politische Partizipation als Auszeit vom harten Alltagsgeschäft der offiziellen Politik. Als Partner werden Jugendverbände von Politik und Verwaltung bei der Beteiligung junger Menschen kaum wahrgenommen.

Deshalb ist es notwendig, dass

- bei der Entwicklung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsprozessen auf die Erfahrung der Thüringer Jugendverbände zurückgegriffen wird und sie regelhaft in Beteiligungsprozesse eingebunden werden;
- die Selbstorganisation der Jugendverbände akzeptiert und gefördert wird sowie Rahmenbedingungen geschaffen werden, die auf der Grundlage der Subsidiarität den nötigen Freiraum ohne Vorgaben und Reglementierung schaffen, um demokratische Aushandlungsprozesse gestalten und Inhalte setzen zu können;
- Jugendverbände, Stadt- und Kreisjugendringe so gefördert werden, dass sie sich zu kommunalen und regionalen Anlaufstellen für die Jugendbeteiligung entwickeln können.